

Antrag

der CDU-Fraktion und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Attraktivität des Lehrerberufs steigern – mehr Leistungsgerechtigkeit schaffen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag

- würdigt die gestiegene Bedeutung der Grundschulpädagogik für den Bildungserfolg von Kindern;
- stellt fest, dass der anhaltend hohe Bedarf an Lehrkräften nur dann zu decken sein wird, wenn die Lehrkräfte aller Schulstufen ihrer Leistung entsprechend entlohnt und ihnen attraktive Arbeitsbedingungen geboten werden;
- erkennt an, dass eine weithin als leistungsgerecht empfundene Besoldung aller Lehrkräfte wesentlich zur Attraktivität des Brandenburgischen Schuldienstes beiträgt;
- erkennt ferner, dass historisch bedingte Nachteile in der Ausbildung von Lehrkräften dann nicht zu einer dauerhaften Schlechterstellung führen dürfen, wenn an deren langjähriger erfolgreicher pädagogischer Leistung kein Zweifel besteht;
- verleiht seinem Willen Ausdruck, die Brandenburgische Lehrerbesoldung in diesem Sinne attraktiver und leistungsgerechter zu gestalten.

II. Der Landtag beauftragt daher die Landesregierung, dem Landtag spätestens zum Ende des 2. Quartals 2018 gemeinsam mit dem Konzept entsprechend dem Landtagsbeschluss vom 29. Juni 2017 (Drucksache 6/6894-B) ein Maßnahmenpaket „Leistungsgerechte Besoldung im Schuldienst“ vorzulegen, in dem sie darlegt, in welchen Schritten, mit welchen Kosten und auf welchem (haushalts)gesetzgeberischen Wege sich folgende Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Brandenburgischen Schuldienstes umsetzen lassen:

Leistungen honorieren, Beförderungen ermöglichen

1. In der Besoldungsordnung werden Funktionsämter (z.B. für Fachkonferenzleiter/innen) ausgebracht und im Landeshaushalt untersetzt.
2. Die bisherigen Bestimmungen der Besoldungsordnung zur anlasslosen Beförderung werden dahingehend geändert, dass Lehrkräfte dann in die nächsthöhere Besoldungsgruppe befördert werden können, wenn sie eine näher zu bestimmende Erfahrungsstufe erreicht haben und der/die Schulleiter/in die Beförderung als Würdigung ihres Einsatzes für die Schulentwicklung empfiehlt; die dafür nötigen Beförderungsämter werden im Landeshaushalt untersetzt.

Eingegangen: 19.09.2017 / Ausgegeben: 26.09.2017

3. In den entsprechenden Besoldungsgruppen werden leistungsbezogene Zulagen für Lehrkräfte eingeführt, die besondere schulfachliche, schulorganisatorische oder koordinierende Aufgaben wahrnehmen.

Anhebung der Grundschullehrer/innen

4. In der Besoldungsordnung A wird das bisher in der Besoldungsgruppe A12 ausgebrachte Eingangsamt für Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt für die Primarstufe künftig in der Besoldungsgruppe A13 ausgebracht.

Besserstellung der in der DDR ausgebildeten Lehrkräfte

5. Es werden die besoldungs- und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, um Lehrkräfte an Förderschulen, allgemein bildenden Schulen ebenso wie beruflichen Schulen in den Besoldungsgruppen A10kw, A11kw, A12kw mit einer Lehrbefähigung nach dem Recht der DDR (soweit nicht bereits auf bisherigem Wege befördert oder höher gruppiert) dann in die jeweils nächsthöhere Besoldungsgruppe einzugruppieren oder zu befördern, wenn sie seit mindestens 8 Jahren - bei Lehrkräften ohne (Fach-)Hochschulabschluss seit mindestens 12 Jahren - entsprechend verwendet werden und der/die Schulleiter/in auf der Grundlage von Unterrichtsbesuchen ihre volle fachliche und pädagogische Eignung bescheidet. Im Einzelfall kann die Höhergruppierung bzw. Beförderung in Abstimmung mit dem/der Schulleiter/in vom Abschluss zusätzlicher Qualifizierungsmaßnahmen abhängig gemacht werden.

Übertragung auf angestellte Lehrkräfte

6. Die vorgehend skizzierten Änderungen werden den Tarifparteien zur entsprechenden Übertragung auf tariflich beschäftigte Lehrkräfte empfohlen.

Zulagen für langjährig unterrichtende Seiteneinsteiger/innen

7. Es wird den Tarifparteien empfohlen, Zulagen für jene tariflich beschäftigten Lehrkräfte einzuführen, die die Voraussetzungen für das Lehramt nicht erfüllen, für die keine Möglichkeiten der nachträglichen berufsbegleitenden Voll-, Zusatz- bzw. Weiterqualifizierung (mehr) bestehen, die aber dennoch seit mindestens 8 Jahren - bei Lehrkräften ohne (Fach-)Hochschulabschluss seit mindestens 12 Jahren - wie eine vollqualifizierte Lehrkraft der jeweiligen Schulform und Schulstufe verwendet werden und denen der/die Schulleiter/in auf der Grundlage von Unterrichtsbesuchen ihre volle fachliche und pädagogische Eignung bescheidet.

Begründung:

Mit dem vorliegenden Antrag streben die Fraktionen der CDU und von Bündnis 90/Die Grünen dreierlei an:

- Leistungen im Schuldienst und Verantwortung für die Schulentwicklung stärker als bisher durch Zulagen oder Beförderungen zu würdigen und damit zu fördern;
- die anspruchsvollere Tätigkeit aller Grundschullehrer und die den anderen Lehrämtern gleichwertige Ausbildung der jüngst ausgebildeten Grundschullehrer in der Besoldung anzuerkennen;
- zugleich aber die pädagogische Leistung ihrer erfahreneren Kollegen auch dann nicht unangemessen schlechter zu entlohnen, wenn sie aus historischen Gründen keine vergleichbare universitäre Ausbildung genossen haben.

Zu den Punkten 1 bis 3

Wer Verantwortung für die Schulentwicklung übernimmt, soll belohnt werden. Schulentwicklung, darauf weist die empirische Bildungsforschung immer wieder hin, ist einer der stärksten Einflüsse auf den Lernerfolg von Schülern. Bildungspolitik sollte also bestrebt sein, nachweisbares Engagement im Schuldienst anzuregen und zu honorieren. Bislang aber gibt es aufgabenbezogene Zulagen für Lehrkräfte nur in Ausnahmefällen (und die sind meist nicht direkt auf den Unterricht oder die Schulentwicklung bezogen). Mit den vorgeschlagenen Zulagen sollen auch jene Lehrkräfte belohnt werden, die sich besonders engagieren und z.B. mit Betrieben Praktikumsverträge aushandeln, Schüler auf Wettbewerbe vorbereiten oder die Schulbibliothek leiten.

In ein höheres Amt befördert wird bislang nur, wer Aufgaben in der Schulleitung übernimmt. Beförderungsmöglichkeiten aber machen eine Laufbahn erst attraktiv und motivieren zu besonderen Leistungen. Dies trifft insbesondere für Fachkonferenzleiter zu. Sie spielen bei Fortbildungen - etwa bei der Umsetzung des neuen Rahmenlehrplans - oder bei der Erstellung von schulinternen Curricula eine Schlüsselrolle. Ob pädagogische Neuerungen tatsächlich in der Unterrichtsgestaltung ankommen, entscheidet sich oft an Fachkonferenzleitern. An größeren Schulen nehmen sie durchaus eine gewisse Leitungsfunktion wahr, die eine höhere Eingruppierung rechtfertigt. Dass dabei dem Schulleiter ein Mitspracherecht eingeräumt wird, ist in der Brandenburgischen Besoldungsordnung für Lehrkräfte zwar neu, die erwähnten wissenschaftlichen Befunde zur Schulentwicklung legen aber durchaus nahe, dass ein gewisses Maß an Personalverantwortung beim Schulleiter geboten ist (und angesichts der jüngst verbesserten Besoldung von Schulleitern auch erwartet werden kann).

Zu Punkt 4

In besonderen Weise stellt sich die Frage der Leistungsgerechtigkeit für Grundschullehrer: Ursprünglich war die Ausbildung für das Lehramt für die Primarstufe kürzer und auch inhaltlich weniger vertieft als insbesondere die Ausbildung für die gymnasiale Oberstufe. Sowohl was die Studiendauer als auch was den fachdidaktischen und bildungswissenschaftlichen Gehalt anlangt, ist die Ausbildung mittlerweile mit der für andere Lehrämter vergleichbar. Auch die Praxis der Grundschulpädagogik hat sich verändert: Der meisten der zahlreichen Reformprojekte der letzten Jahre waren auf die Grundschulen gerichtet:

von der flexiblen Eingangsphase bis hin zur Inklusion. Viel stärker als früher werden Grundschullehrern heute sonderpädagogische Kompetenzen abverlangt. Auch die Bildungsforschung hat die Bedeutung der Primarstufe belegt: Der langfristige Lernerfolg von Kindern entscheidet sich oft bereits in der Grundschule. Darum erscheint die Eingruppierung in der A13 gerechtfertigt. Das Land Berlin hat bereits diese Eingruppierung vollzogen; Nordrhein-Westfalen hat Ähnliches angekündigt.

Zu den Punkte 5 bis 7

Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen dem Schulfrieden: Die großen Unterschiede in der Lehrerbeseoldung werden seit langem als ungerecht empfunden, selbst wenn sie sich durch die unterschiedliche Ausbildung begründen lassen. An Brandenburger Schulen werden viele Lehrkräfte - oft solche mit einer DDR-Ausbildung - um eine oder zwei Besoldungsstufen schlechter bezahlt als ihre Kollegen, weil sie keine Lehrerausbildung nach heutigen Maßstäben genossen haben. Ein gewisser Abstand ist in einigen Fällen wegen der anderen Ausbildung tatsächlich begründet; ein zu großer Abstand wiederum ist angesichts ihrer langjährigen gleichwertigen Arbeit ungerechtfertigt.

Die - an sich richtige - Anhebung der Lehrkräfte mit einer Ausbildung für die Sekundarstufe I (7 bis 10 Klasse) zum 1. August 2017 hat den Abstand zwischen den Besoldungsgruppen auf eine unangemessene, teilweise auch sachlich ungerechtfertigte Weise vergrößert. Insbesondere an Grundschulen bilden ältere Lehrer jüngere Kollegen aus, die nun unter Umständen zwei Besoldungsstufen besser bezahlt werden - ein Gefälle, das sich zwar in abstrakten Begriffen begründen lässt, aber in der Schulpraxis dennoch schadet. Eine Lösung, die den heute ausgebildeten Lehrern ebenso gerecht wird wie langgedienten Kollegen, kann es kaum geben. Die vorgeschlagenen Maßnahmen lösen das Dilemma zwar nicht gänzlich auf, befrieden diesen historischen bedingten Konflikt aber so gut wie möglich. Sie berücksichtigen dabei, dass zum Beispiel die Lehrer unterer Klassen in Thüringen mittlerweile in der A12 und in Sachsen immerhin in der gleichen Entgeltgruppe wie andere Grundschullehrer eingruppiert sind. Sie sind ferner durch Regelungen inspiriert, die Mecklenburg-Vorpommern im Umgang mit DDR-Lehrern getroffen hat.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen dienen schließlich dazu, den Brandenburger Schuldienst so attraktiv wie möglich zu gestalten: Brandenburg muss in den nächsten zehn Jahren jede zweite Lehrerstelle neu besetzen - und dies in einem Umfeld, in dem andere Bundesländer ebenfalls in großem Umfang Lehrkräfte einstellen müssen und darum die Besoldung sowohl für neu einzustellende Lehrkräfte als auch für ihre altgedienten Kollegen verbessert haben oder zu verbessern planen.

Eine exakte Kostenkalkulation muss erst Gegenstand des von der Landesregierung angeforderten Maßnahmenpakets sein. Betroffen sind in jedem Fall viele tausend Lehrer: Die Anhebung des Lehramts für die Primarstufe betrifft mehr als 1.000 Lehrer zuzüglich der neu einzustellenden Lehrer. Ebenfalls angehoben werden die mehr als 2.000 sogenannten Lehrer unterer Klassen. Wie viele der fast 4.000 DDR-Diplomlehrer für eine höhere Eingruppierung in Frage kommen, muss im Einzelnen geprüft werden. Einer groben Schätzung zufolge werden voraussichtlich Kosten in Höhe von 25 bis 30 Millionen Euro im Jahr entstehen.

Weil diese Kosten unbestritten eine finanzielle Herausforderung darstellen und weil insbesondere die Besserstellung der in der DDR ausgebildeten Lehrer rechtlich komplizierte Fragen aufwirft, kann das beantragte Maßnahmenpaket in seiner Gänze nicht gleichzeitig, sondern nur in mehreren Schritten umgesetzt werden. Zu Recht aber verlangen Brandenburger Lehrkräfte eine klare Perspektive, wie und wann sich ihr Einsatz, ihre Ausbildung und ihre langjährige Lehrerfahrung in einer leistungsgerechten Besoldungsordnung widerspiegeln. Mit dem beantragten Maßnahmenpaket wird ihnen diese klare Perspektive geboten.